Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2,10 Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Zustellerungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den erwähnten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Unverlangte Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Königliche Amtshauptmannschaft Meißen, für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Königliche Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Inseratenpreis 2 Pfg. für die 6-gespaltene Kurzzeile oder deren Raum, Lokalpreis 1½ Pfg., Reklamen 45 Pfg., alles mit 50% Teuerungszuschlag. Zeitraub- und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil nur von Behörden: die 6-spaltige 60 Pfg., bzw. 45 Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bzw. 30 Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend 6 Mk., für die Postausgabe Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Gerichtl. Platzvorschrift 25% Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Netzpreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längerer Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen versch. Inserenten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Nr. 27. | Freitag den 1. Februar 1918. | 77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Planmäßiger Luftangriff auf Paris.

Die Arbeiterfrage in der Übergangswirtschaft

Bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk wird auch die Frage des Austausches der Kriegsgefangenen eine hervorragende Rolle spielen. Die russischen Kriegsgefangenen stellten in der deutschen Volkswirtschaft einen erheblichen Teil der überhaupt jetzt verfügbaren Arbeitskräfte dar, und es würde darum dem gesamten Wirtschaftsleben die schwersten Schäden bringen, wenn dieser Faktor plötzlich ausscheiden müßte. Man darf daher wohl der Erwartung Ausdruck geben, daß mit den russischen Republiken solche Bedingungen vereinbart werden, durch welche es ermöglicht wird, eine Schädigung unserer Volkswirtschaft zu verhüten.

Diese Gefahr ließe sich am leichtesten umgehen, wenn der Austausch der Kriegsgefangenen im engsten Einvernehmen mit den amtlichen Vertretungen der verschiedenen Berufsstände durchgeführt würde, d. h. wenn die deutschen Landwirtschafts- und Handels- und Industriekammern bei der Wegnahme der Gefangenen gutachtlich gehört würden. In erster Linie wären die Gefangenen aus solchen Betrieben herauszunehmen, welche in der künftigen Friedenswirtschaft keine grundlegende Bedeutung beanspruchen werden, und am längsten müssen sie dort belassen werden, wo eine Ersatzbeschaffung erfahrungsgemäß am schwierigsten ist. Das ist der Fall in der Landwirtschaft. Zur Vermeidung jeder Störung der landwirtschaftlichen Arbeiten dürfte es sich empfehlen, die Rückleitung nur ganz allmählich und vor allem nicht während der Hauptarbeitszeiten vorzunehmen. Auch müßte den besonderen Verhältnissen der einzelnen Betriebe Rechnung getragen und die Gefangenen insbesondere den kleinsten Betrieben, sofern ein Ersatz nicht vorhanden ist, am längsten belassen werden.

Als Ersatz für die ausgetauschten Gefangenen kämen in erster Linie die im Heere stehenden älteren Jahrgänge in Betracht, deren Entlassung, soweit es die militärischen Interessen gestatten, nach ihren früheren Arbeitsstellen erfolgen müßte. Daneben wird sich in der ersten Zeit aber auch die Bildung von besonderen militärischen Arbeitskommandos notwendig machen, welche den einzelnen Betrieben je nach Bedarf zur Verfügung zu stellen wären. Auch eine Anwerbung von Arbeitern in Polen und Rußland wäre seitens der zuständigen Behörden rechtzeitig ins Auge zu fassen und die Organisation und Ausgestaltung dieser Anwerbungsaktion müßte in den Friedensverträgen ausdrücklich sichergestellt werden. Unter den russischen Kriegsgefangenen wird sich zweifellos ein recht erheblicher Teil befinden, welcher infolge der Erfahrungen in Deutschland und der inneren Vorgänge in Rußland nicht gewillt ist, nach Rußland zurückzukehren, sondern vielmehr in den bisherigen Arbeitsstätten verbleiben möchte. Diesen Leuten müßte man seitens unserer Behörden nach jeder Richtung hin entgegenkommen, ebenso aber auch denjenigen, die zwar erst einmal ihre alte Heimat wiedersehen wollen, dann aber zu den ihnen vertraut gewordenen deutschen Arbeitsstätten zurückzukehren beabsichtigen. Daß auch die Rückwanderung der im Innern Rußlands wohnenden Deutschen mit allen Mitteln zu unterstützen wäre, soll als selbstverständlich nur nebenbei vermerkt werden. Eine weitere Vermehrung unserer Arbeitskräfte ließe sich durch die Forderung erreichen, die aus den Ostprovinzen fortgeführte Zivilbevölkerung ohne Gegenleistung auszuliefern. Da in der Übergangszeit in den Ostseeprovinzen kein reiches Wirtschaftsleben möglich sein wird, ist anzunehmen, daß ein erheblicher Prozentsatz dieser Deutschrussen, Litauer usw. gewillt sein wird, innerhalb des Deutschen Reiches nach Arbeitsgelegenheit zu suchen. Weiterhin sei auch erwähnt, daß auch die Bereitstellung militärischer Fuhrkommandos, die Rückleitung von Kraftwagen und landwirtschaftlichen Maschinen der heimischen Volkswirtschaft zugute kommen würde. Wenn auch durch all diese Maßnahmen noch keine ausreichende Ersatzbeschaffung für die russischen Kriegsgefangenen erzielt werden sollte, so müßte auch im kommenden Frühjahr und Sommer, namentlich soweit die Erzeugung und Bergung von Lebensmitteln in Betracht kommt, auf unsere Jungmannen zurückgegriffen werden, deren Tätigkeit durch das Kriegsamt dem Vernehmen nach eine vorzügliche Organisation erfahren hat. *H. B.*

Der Krieg.

Englands Munitionsversorgung.

Eins der wichtigsten Ziele des deutschen Unterseebootkrieges ist es von jeher gewesen, den Kampf unseres Heeres an der Westfront gegen die englische Armee durch Untergrabung der Munitionszufuhr zu unterstützen. Nachdem jetzt der Unterseebootkrieg ein Jahr geführt ist, läßt sich zum Teil schon der Erfolg, der auf diesem Gebiete erreicht worden ist, übersehen. Auch der englische Minister Churchill hat zugeben müssen, daß durch den Unterseebootkrieg ein Minus von Hunderttausend von Tonnen Granaten entstanden sei. Vom 1. Februar 1917, also an dem Tage, wo der uneingeschränkte Unterseebootkrieg einsetzte, bis Ende des Jahres sind 27 Truppentransportdampfer und 265 Schiffe mit Kriegsmaterial versenkt worden, darunter 97 Schiffe mit Munition und anderem fertigen Kriegsmaterial. Rechnet man die Mengen, die dadurch auf den Meeresboden versenkt worden sind, in den Bedarf der Truppenteile um, so ergibt sich, daß damit 50 Divisionen zu je 15 000 Mann bei normaler Gefechtstätigkeit für einen ganzen Monat mit Munition versehen worden wären oder 25 Divisionen bei einer Großkampftätigkeit, wie wir sie vorübergehend in der Flandernschlacht erlebt haben.

*

Was deutsche Kriegsgefangene denken!

Die deutschen Kriegsgefangenen in England klagen, wie aus den Aussagen von jetzt im neutralen Ausland untergebrachten Austauschgefangenen hervorgeht, übereinstimmend über die unwürdige, zum Teil erbärmliche Behandlung, die man ihnen hat angedeihen lassen. Sie stellen weiter übereinstimmend fest, daß die Ernährungsschwierigkeiten in England im Laufe der letzten Wochen außerordentlich groß geworden sind. Es wurde nur noch eine Mahlzeit am Tage gegeben. Weiter geht aus ihren Aussagen hervor, daß die Engländer durch eine glänzende Spionage über alle deutschen Marineangelegenheiten unterrichtet sind. Es scheint, daß in den deutschen Marinezentren nicht immer die notwendige Verschwiegenheit geübt wird. Alle Kriegsgefangenen, auch die in Frankreich und Japan, äußern sich mit Ausdrücken tiefster Entrüstung über die in einem großen Teile des deutschen Volkes herrschende Flaumacherei und Uneinigkeit. Sie verstehen es nicht, daß die Kleinmütigen in der Heimat angesichts unserer glänzenden militärischen Lage den Versuch machen, der Regierung in den Arm zu fallen und einen faulen Frieden zu erzwingen.

*

Wiederbeginn in Brest-Litowsk.

Berlin, 30. Januar. Die Verhandlungen werden vermutlich heute abend aufgenommen. Trotzki ist bereits angelangt.

Im Laufe des Dienstag bezw. Mittwoch sind in Brest-Litowsk eingetroffen: der österreichisch-ungarische Minister des Äußern Graf Czernin mit den übrigen Mitgliedern der österreichisch-ungarischen Delegation, Staatssekretär v. Kühlmann und der bayerische Staatsminister und ehemalige Ministerpräsident Graf v. Podewils mit Begleitung, ferner Großwesir Talaat Pascha, Minister des Äußern Nessimy Bey, Botschafter Hakki Pascha mit einigen anderen türkischen Herren, endlich Teile der bulgarischen Delegation mit Oberst Gantschew an der Spitze.

Polen und Litauen verlangen ihre Unabhängigkeit.

Nach einer Mitteilung des Berner polnischen Pressebureaus haben die Vertreter der vereinigten politischen Parteien in Polen-Litauen in Wilna an den Staatssekretär v. Kühlmann eine Erklärung abgesandt, in der unter Berufung auf den angenommenen Grundsatz eines Friedens ohne Annexionen und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker die Bestrebungen der polnischen Bevölkerung in Litauen derart ausgedrückt werden, daß nach Friedensschluß das gesamte besetzte Gebiet des historischen Litauen von beiden kriegführenden Seiten als unabhängig erklärt wird.

*

Trotzki gegen den Sonderfrieden.

Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur hat Trotzki auf dem dritten Allrussischen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte am Schluß einer längeren Rede folgendes erklärt: Die russische Delegation wird ihre Forderungen nicht preisgeben. Sie wird keinen Separatfrieden schließen. Die Bewegung greift auf Polen und England über. Die Macht der imperialistischen und bürgerlichen Regierungen ist unterminiert. Das europäische Proletariat wird uns unterstützen. Wir kämpfen für eine gemeinsame Sache und wir werden siegen.

*

Gegen das ukrainische Bürgertum.

Der maximalistische Volksbeauftragte für nationale Angelegenheiten gibt bekannt, daß die Volksbeauftragten mit der Rada der Ukraine nicht weiter verhandeln würden. Der einzig mögliche Weg sei der unbarmherzige Kampf mit der Rada, bis die ukrainischen Sowjets siegreich seien.

Revolution in Finnland.

Der ausführende Arbeiterausschuß in Helsingfors beschloß, den Arbeitern vorzuschlagen, eine Delegation des finnischen Volkes zu ernennen anstelle des jetzt gefallenen gehaßten Senats. Diese Delegation soll zusammen mit dem Zentralrat der Arbeiter und vom Rat kontrolliert, die Regierung ausüben, bis die Arbeiter anderes bestimmen. In Helsingfors dauert der Streik an. Es kam wiederholt zu schweren Straßenkämpfen, bei denen die Maximalisten mit Maschinengewehren schossen. Ganz Finnland soll im Besitz der Maximalisten sein.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 30. Jan. Die russische Presse veröffentlicht ein Telegramm des Generals Bruswilow, der den Zerfall der russischen Armee schildert und mit den Worten schließt: Wir können keinen Angriff der Deutschen aushalten, es gibt nur ein Mittel: Rückzug hinter natürliche Grenzen.

Petersburg, 30. Jan. Von den im Hafen von Wladiwostok eingelaufenen englischen, amerikanischen und japanischen Kriegsschiffen wurden Truppen ans Land gesetzt, die nicht nur den Hafen, sondern auch die ganze Stadt besetzt haben.

Petersburg, 30. Jan. Auf Grund der neu erlassenen Dekrete wurde zum Regierungskommissar im Kultusministerium die mit Lenin in wilder Ehe lebende Frau Memschynska, und zu ihrer Sekretärin die Gattin des Kommissars für Finanzwesen ernannt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✦ Über die **Verteilung der Vorräte aus den besetzten Gebieten in Rumänien und Italien** zwischen Deutschland und Österreich tauchen immer wieder im In- und Auslande Nachrichten auf. Zur Klarstellung ist zu bemerken, daß aus Italien eine Ausfuhr von Lebens- und Futtermitteln überhaupt nicht in Betracht kommt, da die vorhandenen Vorräte nicht einmal mehr zur Ernährung der italienischen Bevölkerung ausreichen. Aus Rumänien haben seit der Besetzung des Landes bis jetzt Deutschland 630 000 Tonnen, Österreich-Ungarn 756 000 Tonnen Getreide einschließlich Mais erhalten. Zur richtigen Beurteilung dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, daß das Verhältnis der Einwohnerzahl zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn 7:5 beträgt, und daß im Frieden Deutschland 5½ Millionen Tonnen Getreide einschließlich Mais einführen muß, während Österreich-Ungarn eine nennenswerte Einfuhr in diesen Dingen überhaupt nicht hat. Die übrigen Rohstoffe und Landeserzeugnisse der besetzten rumänischen und italienischen Gebiete sind zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn nach dem Grundsatz geteilt, daß jeder Staat dasjenige erhält, was er am nötigsten braucht.

✦ Ein **Finanzbeirat beim Reichsschatzamt** soll gebildet werden. Als Mitglieder des Beirats sind angesehene Persönlichkeiten aus den Kreisen der Landwirtschaft, des Handels, der Industrie, des Handwerks, der Arbeiterschaft, der Finanz und der Wissenschaft in Aussicht genommen.

Der Finanzbeirat ist als ein Sachverständigen-Kollegium gedacht, das der Reichsfinanzverwaltung die Ansichten und Auffassungen, Kenntnisse und Erfahrungen, wie sie im Volks- und Wirtschaftsleben vorhanden sind, dauernd zur Verfügung zu stellen und dadurch ihrer amtlichen Tätigkeit eine wertvolle Unterstützung zu gewähren hätte. Es ist beabsichtigt, den Beirat demnächst in Wirksamkeit treten zu lassen.

Amerika.

✖ Eine **Übereinkunft mit Schweden** wegen der Charterung schwedischer Schiffe ist jetzt nach einer amtlichen Meldung vorläufig abgeschlossen worden. Die Schiffe sollen hauptsächlich für den Handel mit Südamerika verwendet werden. Einige sollen jedoch Frachten nach Schweden führen.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 30. Jan. Der Verwaltungschef beim Generalgouvernement Warschau, Herr von Sandt, ist in einem hiesigen Sanatorium, wo er sich zur Pflege befand, infolge einer Lungenentzündung gestorben.

Berlin, 30. Jan. Der Abgeordnete Erzberger ist infolge der in der Generalversammlung vom 22. Januar einstimmig

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF